

Bremen und Niedersachsen miteinander stark!

In vielen Bereichen haben Bremen und Niedersachsen gemeinsame Interessen und Ziele. Nachbarschaftliche Kooperation ist besser als Konkurrenz.

Bei der Weserversalzung sind sich Niedersachsen und Bremen mit den anderen grün mitregierten Ländern einig, dass es keine Unterstützung für Vorschläge aus dem Bundesrat zur Absenkung der Werte für die Versalzung unserer Flüsse geben darf. Die Verbesserung der Wasserqualität ist Voraussetzung für die Einhaltung der europäischen Regeln und auch für die Trinkwassergewinnung.

Unsere Werte und Vorstellungen einer menschenrechtsbasierten Flüchtlingspolitik einen uns. Wir setzen uns gemeinsam in Bremen und Niedersachsen aber auch im Bundesrat für eine inklusive Flüchtlingspolitik ein und lehnen Asylrechtsverschärfungen ab, die vom systematischen Versagen des Bundesinnenministers ablenken. Wir sind auch einig, dass es keine Abschreckungspolitik durch Abschiebungen geben soll, stattdessen machen Bremen und Niedersachsen gezielte Beratungen, für diejenigen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen oder müssen.

Bremen und Niedersachsen arbeiten bereits gut zusammen

Zum Beispiel in der Gerichtsbarkeit ist mit der Schaffung eines gemeinsamen Landessozialgerichts ein gutes Beispiel gegeben worden für gemeinsame Landeseinrichtungen. Die Zusammenarbeit im Bereich des Justizvollzuges hat sich seit Jahren bewährt. Auch in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Verbraucherschutz gibt es eine weitgehende und reibungslos funktionierende Kooperation.

Bei der Kooperation und Weiterentwicklung eines Green Shipping-Konzepts profitieren Niedersachsen und Bremen voneinander. Der Jade-Weser-Port, der gemeinsame einzige deutsche Tiefwasserhafen, stärkt mit jedem Jahr seines Erfolges die Hafenkooperation aller norddeutschen Hafenländer.

Beide Länder arbeiten intensiv an einer zukunftsfähigen Mobilität. Bereits im ÖPNV existieren länderübergreifende und verlässliche Liniennetze. Eine weitere und sinnvolle Zusammenarbeit ergeben sich in den Bereichen E-Mobilität, Carsharing, Fernradwege und ihrer intermodalen Weiterentwicklung zwischen Bremen und Umlandgemeinden.

Der Ausbau der Windenergie an Land und auf See braucht einen verlässlichen Rahmen. Zusammen mit den norddeutschen Ländern fordern Niedersachsen und Bremen im „Wismarer Appell“ vom 25.1.2016 erhebliche Nachbesserungen bei der EEG-Novelle 2016.

Die Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag und der Bremischen Bürgerschaft sind sich darin einig, dass beide Landesregierungen sich verstärkt für die Umsetzung gemeinsamer Lösungen einsetzen sollen. Die Prüfung von weiteren engen Kooperationen soll von den Landesregierungen bis nach der Sommerpause 2016 abgeschlossen sein, um sie in der laufenden Legislaturperiode noch in die Umsetzung zu bringen.